

**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder  
NEUE TEL. NR. 711 71 DW  
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Präsidium des  
Nationalrates

Parlamentsgebäude  
1010 W i e n

Z1 3308-01/88

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	63. GE 9. 88
Datum:	28. SEP. 1988
Verteilt	28. 9. 88

*H. Japke*

Der Rechnungshof beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem ihm mit Schreiben vom 19. August 1988, GZ 20 794/2-2/88, vorgelegten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wird (13. BSVG-Novelle), zu übermitteln.

Anlage

27. September 1988

Der Präsident:

Broesigke

*W. K. H. G.*



**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) 66-36-46/0 oder  
NEUE TEL. NR. 711 71 DW  
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Z1 3308-01/88

Entwurf einer 13. Novelle  
zum Bauern-Sozialversiche-  
rungsgesetz; Stellungnahme

Zu dem ihm mit Schreiben vom 19. August 1988, GZ 20 794/2-2/88, übermittelten Entwurf einer Änderung des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes (BSVG) nimmt der RH wie folgt Stellung (von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue unterrichtet):

Der RH vermag sich der im Vorblatt und in den Erläuterungen getroffenen Feststellung, daß durch den Entwurf keine finanzielle Mehrbelastung des Bundes entsteht, nicht anzuschließen. Eine finanzielle Mehrbelastung, die gem § 14 BHG darzustellen wäre, entsteht nach Ansicht des RH aus Art III Abs 1 und 2 des Entwurfs.

Art III Abs 1 des Entwurfs sieht eine Nichtberücksichtigung der Änderungen der Einheitswerte anlässlich der Hauptfeststellung zum 1. Jänner 1988 in sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften für die Zeit vor dem 1. Jänner 1990 vor. Die finanziellen Auswirkungen dieser verzögerten Heranziehung der neuen Einheitswerte entstehen für den Bund beitragsrechtlich, weil die Einflüsse allfälliger höherer Beitragseinnahmen infolge einer höheren Beitragsgrundlage hinausgeschoben werden, was zu entsprechenden Bundesbeiträgen führt. Sie entstehen längerfristig durch einen erhöhten Abgang der Sozialversicherung auch leistungsrechtlich, was wiederum zu einer Erhöhung des Bundesbeitrages führt.

- 2 -

Durch Art III Abs 2 des Entwurfs soll rückwirkend die in der mit 1. Jänner 1988 in Kraft getretenen 11. Novelle zum BSVG offensichtlich vergessene Übergangsbestimmung bezüglich der Ausschaltung von Härten für bisherige Ausgleichszulagenbezieher durch die Neuregelung der Anrechnung von Pachtverhältnissen unter nahen Verwandten nachgeholt werden, um bisherige Ausgleichszulagenbezieher weiterhin im Genuß der Ausgleichszulage zu belassen. Dadurch kommt es gegenüber der geltenden Rechtslage zu einer finanziellen Mehrbelastung über die Beteiligung des Bundes am Aufwand der ausgezahlten Ausgleichszulagen gem § 147 BSVG, weil der Kreis der Ausgleichszulagenbezieher nicht - wie es die geltende Rechtslage vorsieht - kleiner wird.

27. September 1988

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*Wack*